

Holcim trotz Krise in Kauflaune

Der Zementkonzern ist auf Expansionskurs und kann sich Geld beschaffen

Die Generalversammlung von Holcim genehmigte gestern eine Aktienkapitalerhöhung von 2,1 Milliarden Franken. Heute nimmt der Konzern zudem eine Anleihe über 1 Milliarde auf.

NIKLAUS MÄDER

In der aktuellen Wirtschaftskrise agieren die meisten Unternehmen vorsichtig. Ausreichend flüssige Mittel in der Kasse halten, so lautet die Devise der Stunde. Die Übernahme anderer Gesellschaften ist kaum ein Thema.

Beispiel ABB-Konzern: Trotz beachtlichen 5,4 Milliarden Dollar an flüssigen Mitteln per Ende Jahr ruht das Aktienrückkaufprogramm, zudem sind grössere Unternehmenskäufe zurzeit tabu. Diese von Konzernchef Joe Hogan bei der Bilanzmedienkonferenz vom Februar verkündete Marschrichtung gilt weiterhin, wie Pressesprecher Wolfram Eberhardt bestätigt.

Die letzte Akquisition stammt denn auch von Ende Mai, damals kaufte ABB die italienische Comem mit einem Jahresumsatz von 70 Millionen Dollar und 400 Mitarbeitern. Für ABB eine bescheidene Akquisition.

Übernahmen momentan preisgünstig

Ganz anders der Zementriese Holcim. Mitten in der Krise, die sein Geschäft besonders hart trifft, übernimmt er das Australiengeschäft der mexikanischen Cemex und beteiligt sich an einer Kapitalerhöhung der chinesischen Huaxin Cement. Kosten insgesamt: 2 Milliarden Franken.

Vontobel-Analyst Serge Rotzer erkennt darin jedoch keine Probleme. Zum einen seien Zukäufe zurzeit günstig. «Das Australiengeschäft war ein Schnäppchen», so Rotzer. Zum anderen bezahle Holcim die Zukäufe über eine Kapitalerhöhung, welche gestern eine ausserordentliche Generalversammlung guthies (siehe Kasten). Entsprechend nimmt die Verschuldung des Konzerns nicht zu.

Dass hingegen fremdfinanzierte Zukäufe Gefahren bergen, zeigt das Beispiel von HeidelbergCement. Der Holcim-Konkurrent kämpft seit der Übernahme der britischen Hanson im

KAPITALERHÖHUNG GENEHMIGT

Die gestrige Holcim-Generalversammlung, an der 753 Aktionäre rund 47 Prozent des Aktienkapitals vertraten, genehmigte eine Kapitalerhöhung. Der Bezugspreis für die neuen Namenaktien beträgt 42 Franken, was einem Bruttoemissionserlös von 2,1 Milliarden Franken entspricht. Ein von der UBS angeführtes Bankensyndikat hat die Aktien fest übernommen. Jedem bisherigen Holcim-Aktionär wird ein Bezugsrecht zugeteilt. Die Ausübung von elf Bezugsrechten berechtigt zum Bezug von zwei neuen Namenaktien. (AP)

Jahr 2007 mit einem Schuldenberg. Bis vor kurzem wurde spekuliert, Holcim könnte den Konzern oder Teile davon übernehmen.

Regelmässige Kapitalerhöhungen

Zukäufe und Kapitalerhöhungen haben bei Holcim inzwischen beinahe Tradition. So platzierte der Konzern 2004 neue Aktien für 1,5 Milliarden Franken – zu einer Zeit, als die Börse noch unter Nachwehen der geplatzten Internetblase litt. Holcim finanzierte damit unter anderem die vollständige Übernahme der mexikanischen Apasco. Zwei Jahre später genehmigte die Generalversammlung eine 1,7 Milliarden schwere Kapitalerhöhung. Holcim hatte in Mexiko, Indien, El Salvador und China kräftig zugekauft.

Doch nun scheint der Akquisitionshunger vorerst gestillt. Gemäss Holcim-Chef Markus Akermann geht es jetzt vor allem darum, die neuen Geschäftszweige zu integrieren.

Schlechter Geschäftsgang

Im Alltagsgeschäft sieht es derweil alles andere als rosig aus. Wie Holcim gestern bekannt gab, wird sich das Jahr 2009 schwierig gestalten. Auch im Mai sei keine Umkehr der wirtschaftlichen Entwicklung sichtbar gewesen. Obwohl die Anleger seit längerem wissen, dass der Zementsektor harzt, erwischte sie die Nachricht auf dem falschen Fuss. Die Aktie sank um 4,45 Prozent auf 55.85 Franken.



MARKUS AKERMANN Konzernchef von Holcim. MORITZ HAGER / EQ IMAGES

Negativ fällt auch die Finanzierungsstruktur auf. Das Gearing (Nettoverschuldung im Verhältnis zum Eigenkapital) liegt bei über 80 Prozent. Analyst Rotzer sieht dies jedoch wenig problematisch. Im Branchenvergleich stehe Holcim in diesem Punkt gut da.

Zudem scheine die Refinanzierung zu funktionieren. Anfang Jahr

konnte Holcim im Wert von 2,5 Milliarden Franken Obligationen in Pfund und Euro aufnehmen, allerdings zu hohen Zinssätzen. Nun hat Holcim eine Anleihe über eine Milliarden Franken angekündigt, verzinst zu vier Prozent. Die Wertpapiere würden heute ausgegeben, die Investoren hätten sich verpflichtet, so Sprecher Peter Gysel.

Keine Daten in die USA

Bundesrat will UBS-Daten beschlagnahmen

Die US-Steuerbehörde fordert die Herausgabe von UBS-Kundendaten. Der Bundesrat will dies unbedingt verhindern.

Kurz vor Prozessbeginn in Miami verschärft sich der Ton im Rechtsstreit über die Offenlegung von UBS-Kundendaten. Der Bundesrat droht mit der Beschlagnahmung der fraglichen Daten.

In einer neuen Eingabe an das US-Gericht machte der Bundesrat deutlich, dass er die Herausgabe weiterer Daten von US-Kunden der UBS unter keinen Umständen tolerieren werde. Für den Fall, dass der Richter in Florida die Klage zur Herausgabe der Unterlagen von 52000 Konti gutheissen sollte, liegt im Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) eine Verfügung bereit. Sie würde es der UBS ausdrücklich verbieten, Kundendaten herauszugeben. Zudem würden die fraglichen Bankunterlagen der Verfügungsgewalt der Bank entzogen, sagte Folco Galli, Sprecher des Bundesamts für Justiz (BJ). Die Verfügung stützt sich auf einen bisher nicht bekannten Bundesratsbeschluss vom 4. Juni.

Analogie zum Fall Marc Rich

Wie bei der Auseinandersetzung zwischen der US-Justiz und dem in Zug ansässigen Rohstoffhändler Marc Rich in den 80er-

Jahren würden die Akten der UBS gestützt auf die EJPD-Verfügung beschlagnahmt. Die Bundesbehörden transportierten damals Firmenunterlagen von Rich mit Lastwagen ab, um zu verhindern, dass der des Steuerbetrugs und weiterer Delikte beschuldigte und später von US-Präsident Clinton begnadigte Rohstoffhändler unter dem Druck von Sanktionen in den USA der Aufforderung nach Herausgabe von Akten ausserhalb des Rechtshilfswegs nachkommt.

Provokation eines Konflikts

Der Bundesrat erinnerte in seiner Eingabe an diesen Präzedenzfall. Zudem wies er die Behauptung der US-Behörden zurück, dass die Herausgabe der Unterlagen für die UBS in der Schweiz ohne strafrechtliche Folgen bleiben könnte. Er untermauerte dies mit einem Urteil der Basler Justiz, die kürzlich einen Bankangestellten der Verletzung des Bankgeheimnisses schuldig gesprochen hatte, da er Informationen über Kunden dem deutschen Fiskus zugespielt hatte.

Der Bundesrat warf dem US-Fiskus vor, Personen und Unternehmen in der Schweiz zur Verletzung von hiesigen Gesetzen zu nötigen. Ausserdem werde versucht, auf unpassende Art einen internationalen Konflikt zu provozieren. (AP)

Die Handy-Tarife sind noch zu hoch

Mobilfunk ist bis zu 80 Prozent teurer als im EU-Mittel

Wer in der Schweiz mit dem Handy telefoniert, muss immer noch tief in die Tasche greifen. Dafür sind Festnetzgespräche ins Ausland sehr günstig.

Das Telefonieren mit dem Handy ist in der Schweiz zu teuer. Dies zeigt der vom Bundesamt für Kommunikation (Bakom) veröffentlichte Vergleich der Fernmeldemärkte. Demnach liegen die Schweizer Mobilfunktarife in allen drei analysierten Konsumkörben für geringen, mittleren und grossen Nutzungsbedarf massiv über dem europäischen Durchschnitt, wie Bakom-Vizedirektor Philipp Metzger vor den Medien in Biel ausführte.

Wer das Handy nur wenig nutzt und ein Abonnement hat, zahlt 80 Prozent mehr als im EU-Mittel. 51 Prozent mehr sind es bei grossem Nutzungsbedarf und unter Einschluss der Prepaid-Karten. Auch bei den Terminierungsgebühren – also jenen Gebühren, die Drittunternehmen bei der Umleitung von Anrufen von deren Mobilfunknetz auf das eigene Netz verrechnet werden – ist die Schweiz gut 36 Prozent teurer als der Durchschnitt der EU. Das Bakom schliesst daraus, dass der Wettbewerb die Terminierungsgebühren in der Schweiz noch nicht auf das tiefstmögliche Niveau gedrückt habe.

Die Marktdurchdringung mit Mobilfunk nahm 2008 um weitere gut sechs Punkte auf 110,9 Prozent der Be-

völkerung zu. Die Schweiz lag damit aber um rund acht Prozentpunkte unter dem Mittel der EU-Staaten. Am höchsten ist die Marktdurchdringung mit 152 Prozent in Italien. Von den 8,54 Millionen Schweizer Handy-Nutzern haben 42,7 Prozent eine Prepaid-Karte, während 57,3 Prozent im Abonnement telefonieren. Damit ist das Verhältnis der beiden Zahlungsformen beinahe umgekehrt wie in der EU. Eine Erklärung dafür ist laut Metzger, dass die Leute ihr Mobiltelefon möglichst uneingeschränkt nutzen wollen, selbst wenn das Abonnement nicht immer die günstigste Variante sei. Im europäischen Vergleich sehr hoch ist zudem der Marktanteil der ehemaligen Monopolistin Swisscom. Er beträgt 61,9 Prozent, verglichen mit 38,3 Prozent im EU-Mittel.

Spitzenplatz bei Breitbandzugängen

Als zufriedenstellend werden in der Studie die Schweizer Preise für das Telefonieren im Festnetz eingestuft. Für Auslandsgespräche sind die Preise im internationalen Vergleich sogar ausgesprochen günstig, wie es heisst.

Einen Spitzenplatz nimmt die Schweiz bei den Breitbandanschlüssen für den Internetzugang ein. Der Versorgungsgrad betrug Anfang dieses Jahres 32,9 Prozent. Im europäischen Vergleich lag die Schweiz damit hinter Dänemark und den Niederlanden auf Rang drei. (AP/MZ)

Gisler



MARKUS GISLER

Microsoft und Google im Clinch

DER ZWEIKAMPF DER Software-Giganten wird immer spannender. Nachdem Google eigene Bürosoftware ins Netz gestellt hat, folgt der nächste Angriff auf Microsoft: Google will noch dieses Jahr ein eigenes Betriebssystem auf den Markt bringen, eine Konkurrenz zu Windows. Google Chrome OS (Operating System) soll das System heissen, das im Wesentlichen möglich macht, dass ein Computer überhaupt läuft. Der Angriff von Google auf das Kerngeschäft von Microsoft kommt nicht überraschend, nachdem der Software-Gigant mit der Suchmaschine Bing versucht, Google anzugreifen. Wie Google kann Bing suchspezifische Werbung schalten. Damit werden die beiden Unternehmen immer ähnlicher, ein an sich logischer Vorgang im Wettbewerb.

DOCH OB DAS ANSINNEN hüben wie drüben gelingen wird, ist fraglich. Beide Firmen haben in ihrem Kerngeschäft riesige Marktanteile: Weltweit werden knapp zwei Drittel aller Suchaufträge via Google getätigt, Tendenz steigend, während fast 90 Prozent aller Rechner auf einem Windows-System von Microsoft laufen, Tendenz sinkend. Um diese Vormachtstellungen zu knacken, braucht es Jahre. Google behauptet, das auf der Gratis-Software Linux basierende neue Betriebssystem Chrome sei nach dem Start des Computers schon in wenigen Sekunden betriebsbereit. Die langen Wartezeiten beim Aufstarten sind denn auch eines der Hauptärgernisse der Windows-Systeme. Insofern hätte Google einen überzeugenden Marktanteil, vorausgesetzt, dass dieses technische Kunststück auch gelingt.

ZWEIFELLOS TÄTE mehr Wettbewerb gut und würde helfen, die monopolartige Stellung sowohl von Microsoft wie von Google zu knacken. Einfacher scheint die Aufgabe von Microsoft, die Dominanz der Google-Suchmaschine zu brechen. Anspruchsvoller dagegen ist die Aufgabe von Google, mit einem Betriebssystem auf breiter Front Marktanteile zu gewinnen und damit Geld zu verdienen. Zu überwinden sind in erster Linie die so genannten «Netzwerk-Externalitäten». Damit ist gemeint, dass es sich besonders für Grossanwender wie Firmen nicht lohnt, ein neues Betriebssystem anzuschaffen, da sich heute fast alle mit Windows auskennen. Mit der Einführung eines neuen Betriebssystems müsste dagegen viel Schulungsaufwand betrieben werden. Alle Windows-Benutzer bilden also quasi ein externes Netzwerk, das Microsoft vor Konkurrenz schützt. Google kann also höchstens auf private Benutzer setzen und hat daher vor allem die neuen billigen Netbooks im Visier. Deren Hersteller werden Chrome darauf installieren, wenn der Preis stimmt. Der Kampf wird lang und hart. Die Konsumenten aber freuts.

Börse

Banken und Industriefirmen als grosse Verlierer

Die Schweizer Börse hat gestern erneut nachgegeben. Der SMI sank um 0,75 Prozent auf 5289,39 Punkte. Von den 20 Aktien konnten nur die Titel von Actelion (+0,82 Prozent), Novartis (+0,60 Prozent) und Roche (+0,94 Prozent) zulegen. Wie oft an schlechten Börsentagen haben sich damit die Pharmawerte als stabiler Anker erwiesen.

Dafür gehörten die Finanz- und Industrietiteln zu den grossen Verlierern. Holcim gab 4,45 Prozent ab und war damit zweit-schwächster SMI-Wert. Die Firmenleitung rechnet wegen der schwachen Konjunktur mit einem schwierigen Jahr. Mehr als Holcim verlor nur Nobel Biocare (-4,54 Prozent). Der Produzent von Zahnimplantaten fällt im September wie Baloise (-3,21 Prozent) aus dem SMI. Neu in den SMI kommen dafür Lonza (+1,93 Prozent) und SGS (+0,08 Prozent). (DID)